



# Für uns in Berlin !

19. Oktober 2018



## Regierungserklärung, Gute-Kita-Gesetz, Mieterschutz

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine weitere themenreiche Sitzungswoche liegt hinter uns.

Am Mittwoch hat die Bundeskanzlerin in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag die Position der Bundesregierung beim Europäischen Rat und dem anschließenden Asien-Europa-Gipfel erläutert. Nach wie vor hofft sie auf einen geordneten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Über einen Gesetzentwurf zur Förderung der Qualität frühkindlicher Bildung in Kindertagesstätten haben wir am Donnerstag in erster Lesung beraten. Das Gesetz sieht u.a. eine Entlastung der Eltern bei den Kita-Beiträgen und eine Verbesserung in den Kindergärten vor. Der Bund stellt dafür in den Jahren 2019 bis 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Mittel sollen u.a. für die

Gewährleistung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots und die Verbesserung des Erzieher-Kind-Schlüssels genutzt werden.

Im Plenum haben wir einen Gesetzentwurf der Bundesregierung mit neuen Regelungen zur zulässigen Miethöhe bei Mietbeginn („Mietpreisbremse“) sowie im Mietmodernisierungsrecht in erster Lesung beraten. In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt darf seit Einführung der Mietpreisbremse im Jahr 2015 die Miete höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Mieter werden künftig u.a. besser vor drastischen Mieterhöhungen durch Modernisierungen geschützt.

Über die weiteren wichtigen Themen der Woche lesen Sie im Newsletter.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB". The signature is written in a cursive, flowing style.

Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB

## Einblicke von meiner Arbeit im Wahlkreis



Nach meiner Rückkehr aus Berlin am 12. Oktober von einer parlamentarischen Sitzungswoche habe ich am Abend an der **Ausbildungsabschlussfeier für 13 Handwerksinnungen der Kreishandwerkerschaft Rhein-Neckar** teilgenommen. Zahlreiche Absolventinnen und Absolventen haben eine erfolgreiche Ausbildung im Handwerk abgelegt und heute ihren Gesellenbrief überreicht bekommen. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die Zukunft. Ich freue mich über so viele tolle Nachwuchskräfte.

Foto: Gratulation der Jahrgangsbesten



Am 14. Oktober hat die **Jahreshauptversammlung der Jungen Union Heidelberg** mit Neuwahlen stattgefunden. Vielen Dank an Gina für ihre tolle Arbeit und ihr Engagement als Vorsitzende im vergangenen Jahr. Ganz herzlich gratuliere ich Julian Bollig zur Wahl zum neuen Vorsitzenden sowie allen gewählten Vorstandsmitgliedern. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch.

In meinem Grußwort habe ich über das große Zukunftsthema Digitalisierung gesprochen, denn gerade für junge Menschen ist es essentiell und wichtig, sich damit auseinanderzusetzen. Es ist toll, dass zahlreiche Mitglieder der Jungen Union auf der Kommunalwahlliste der CDU für die bevorstehende Kommunalwahl 2019 vertreten sind. Ich wünsche der Jungen Union alles Gute, viel Erfolg und habe allen meine volle Unterstützung im Wahlkampf zugesagt.

Zu seinem **65. Geburtstag** am 15. Oktober haben der Europaausschuss, die Vertretung der EU-Kommission und die Mitglieder der Landesgruppe Baden-Württemberg meinen langjährigen Freund, **EU-Kommissar Günther H. Oettinger**, mit einem Empfang im Europäischen Haus in Berlin überrascht. In seiner spontanen Rede, in der er einen weiten Bogen spannte, wies Günther Oettinger auf die Bedeutung Europas insbesondere in Zeiten großer wirtschaftlicher Herausforderungen hin.

Wir sind stolz, dass wir ihn als unseren Kommissar in Brüssel in einer Schlüsselposition haben. Er macht seine Sache großartig.

Ich wünsche Günther H. Oettinger, alles erdenklich Gute für sein neues Lebensjahr!





## Meine aktuelle Pressemitteilung

### Lamers im Amt als Vizepräsident der Atlantic Treaty Association bestätigt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Heidelberg/Weinheim, Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers, ist im Amt des Vizepräsidenten der Atlantic Treaty Association (ATA), des Dachverbandes aller atlantischen Gesellschaften weltweit, bei der 64. Generalversammlung der ATA in Bukarest bestätigt worden.

Von 2008 bis 2014 stand Lamers der ATA, die ihren Sitz in Brüssel hat, als Präsident vor und arbeitet jetzt als Vizepräsident in der Führungsspitze weiter mit.

Die Atlantic Treaty Association wurde 1954 gegründet und ist im euro-atlantischen Raum, aber auch weit darüber hinaus tätig. Ihr Ziel ist es, die Werte und Interessen der *Nord-atlantischen Allianz* (NATO) - Sicherheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Freiheit – zu fördern und zu stärken.

„Ich freue mich sehr, dass mir die Delegierten der Versammlung erneut ihr Vertrauen geschenkt haben. Auch in den kommenden Jahren werde ich mich mit voller Leidenschaft für die euro-atlantischen Beziehungen einsetzen. Gerade in einer Zeit, in der wir vor enormen sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen, die kein Land der Welt alleine bewältigen kann, kommt der NATO und den transatlantischen Beziehungen eine herausragende Rolle zu. Die Aufgabe unserer Organisation ist es, den Dialog mit den Menschen zu suchen und die Werte und Interessen des Bündnisses zu vermitteln. Ein Schwerpunkt meiner Arbeit bildet dabei auch gerade der Austausch mit der jungen Generation über die große Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft“, so Lamers.

## Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg in dieser Woche

### Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken



Von Markus Grübel MdB (Wahlkreis Esslingen)

Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht. Der Viertel aller Menschen leben in Ländern, in denen ihre Religionsfreiheit eingeschränkt ist oder völlig in Frage gestellt wird. Weltweit sind die Christen die größte betroffene Religionsgruppe. Aber auch Muslime, Juden, Buddhisten, Hindus und andere sind betroffen. In diesem Jahr hat die Bundesregierung erstmals das Amt eines Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit geschaffen. Das macht deutlich, dass uns der Schutz der Religionsfreiheit am sehr wichtig ist. Das macht aber leider auch deutlich, dass dieses zentrale Menschenrecht nicht überall geschützt wird. Verletzungen der Religionsfreiheit haben erheblich zugenommen

Meine Aufgabe ist es, über die Lage der Religionsfreiheit alle zwei Jahre zu berichten. In enger Kooperation mit dem Auswärtigen Amt werde ich einen Bericht erstellen, in dem wir die Situation in den einzelnen Staaten systematisch herausarbeiten und alle Gruppen berücksichtigen. Einen Schwerpunkt möchte ich auf den Irak legen. Dort gilt es, nach den Schrecken der IS-Herrschaft, eine Nachkriegsordnung zu etablieren, die ein friedliches Miteinander der verschiedenen religiösen Gruppen ermöglicht. Mein Amt möchte ich



außerdem dazu nutzen, einen öffentlichen, angstfreien Dialog über Religionsfreiheit anzustoßen.

Religionen gelten oft als Brandbeschleuniger. Dabei wird das große Potential von Religionen zu Frieden in der Welt beizutragen, übersehen. Auch darüber müssen wir mehr aufklären!

## Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt auf 2,6 %



Von Peter Weiß MdB (Wahlkreis Emmendingen-Lahr)

Die entscheidende Entlastung für alle Bürgerinnen und Bürger durch das in dieser Woche in den Bundestag eingebrachte Qualifizierungschancengesetz ist die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages. Hier konnten wir erreichen, dass sogar eine noch größere Entlastung umgesetzt wird, als im Koalitionsvertrag vorgesehen. Statt um 0,3 Prozentpunkte wird der Arbeitslosenversicherungsbeitrag zum 01. Januar 2019 per Gesetz um 0,4 Prozentpunkte von derzeit 3,0 auf 2,6 Prozent gesenkt. Zusätzlich erfolgt eine weitere bis Ende 2022 befristete Absenkung per Verordnung um weitere 0,1 Prozentpunkte. Mit dieser Kombination aus gesetzlicher Regelung mit einer befristeten Verordnung besteht die Möglichkeit, kurzfristig auf Änderungen reagieren zu können.

Damit erreichen wir insgesamt eine Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 0,5 Prozent und einen Beitrag auf historischem Tiefstand. Vor etwas mehr als 10 Jahren, im Jahr 2006, lag der Beitrag noch bei 6,5 Prozent. Bei einem durchschnittlichen

Bruttoeinkommen von 3156 Euro ergibt sich dadurch eine Ersparnis von knapp 16 Euro monatlich oder rund 200 Euro im Jahr. Im kommenden Jahr werden die Beitragszahler damit um insgesamt rund sechs Milliarden Euro entlastet. Diese Verbesserungen sind möglich durch die gute Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit. Selbst mit der Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages erwartet die BA Ende 2019 immer noch einen Überschuss von 500- 700 Mio. Euro.

## Akute Trockenheitsschäden im Wald abfedern



Von Alois Gerig MdB (Wahlkreis Odenwald-Tauber)

Die Hitzeperiode im Sommer und der Sturm "Friederike" im Januar machen deutlich, welche Auswirkungen extreme Wetterereignisse auf unsere Wälder haben können: Trockenschäden, Waldbrände, akuter Borkenkäferbefall und große Mengen Sturmholz. Die dramatische Lage bereitet den Waldeigentümern große Sorgen, auch weil in Folge der Ereignisse die Preise auf dem Holzmarkt eingebrochen sind. Neben der kurzfristigen Schadensbewältigung, die mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) unterstützt werden kann, ist es notwendig, unsere Wälder langfristig auf den Klimawandel einzustellen. Denn: Deutschland ist ein starkes Waldland. Unser Ziel ist, dass dies so bleibt. Dafür braucht es stabile und anpassungsfähige Mischwälder. Den dafür erforderlichen Waldumbau unterstützt der Waldklimafonds. Für 2019 ist dafür ein deutlicher Mittelaufwuchs auf 25 Millionen Euro vorgesehen. Das geplante Kompetenz- und Informationszentrum Wald und Holz wird ebenfalls

dazu beitragen, die Wälder fit für den Klimawandel zu machen. Ziel ist, den Wald als Ökosystem, Klimaschützer, Rohstofflieferant und Erholungsraum zu erhalten. Dies ist nicht zuletzt auch für Baden-Württemberg sehr wichtig: 38,4 Prozent der Fläche unseres Bundeslandes ist von Wald bedeckt – mit 1,37 Millionen Hektar Wald leben wir in einem der walddreichsten Bundesländer.

## Entlastung bei der Krankenversicherung



Von Karin Maag MdB (Wahlkreis Stuttgart II)

Mit dem am Donnerstag beschlossenen GKV-Versichertenentlastungsgesetz entlasten wir vor allem Arbeitnehmer und Rentner in einer Größenordnung von acht Milliarden Euro jährlich. Künftig sollen sich die Arbeitgeber und die Rentenversicherung wieder hälftig an den Zusatzbeiträgen zur Krankenversicherung beteiligen, die bisher vom Versicherten alleine zu tragen waren. Ebenso richtig ist, dass wir die Krankenkassen, die über übermäßige Rücklagen verfügen, ab dem Jahr 2020 anhalten, ihre Rücklagen abzubauen. Eine Kasse, die künftig die gesetzlich zugelassene Höchstgrenze überschreitet, darf ihre Zusatzbeiträge nicht erhöhen.

Besonders wichtig ist uns die Entlastung der hauptberuflich Selbstständigen mit niedrigem Einkommen. Ihre monatliche Mindestbemessungsgrundlage wird noch weiter abgesenkt werden als geplant, und zwar auf 1.015 Euro. Das bedeutet, dass diese Selbstständigen künftig weniger als die Hälfte ihrer bisherigen Krankenkassenbeiträge zahlen müssen. Damit werden wir endlich der wirtschaftlichen Situation vieler kleiner Selbstständiger besser gerecht.

Das war uns ein Kernanliegen in diesem Gesetz. Eine weitere Zusage aus dem Koalitionsvertrag setzen wir um: Für Soldaten auf Zeit schaffen wir ein Beitrittsrecht in die gesetzliche Krankenversicherung nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst. Für die Versicherten ist das insgesamt ein gutes Paket.

## „Forum Recht“ in Karlsruhe



Von Ingo Wellenreuther MdB (Wahlkreis Karlsruhe-Stadt)

Der Deutsche Bundestag hat sich am Donnerstagabend zur Gründung eines „Forum Recht“ bekannt. In einem Dokumentations-, Kommunikations- und Informationszentrum soll der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, zu erfahren, dass der Rechtsstaat das Rückgrat unserer Demokratie ist und wie sehr das Recht unseren Alltag prägt und unsere persönliche Freiheit schützt. Dazu ist auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe ein ca. 5.000 Quadratmeter großer Neubau vorgesehen. Dort soll neben klassischem Ausstellungsraum und einem Forum auch ein virtueller Raum entstehen, in dem Menschen in Gesprächen aufeinandertreffen und ihre Fragen, Wünsche und Visionen in Bezug auf das Thema Recht und Rechtsstaat einbringen können. Knapp 100 Millionen Euro sind dafür vorgesehen - gut investiertes Geld.

Gerade diese Bedeutung von Recht, Justiz und Rechtsstaat ist vielen nicht bewusst und muss in Zeiten wie diesen, in denen Feinde des Rechtsstaates - Links- und Rechtsextremisten - den Rechtsstaat und seine Repräsentanten bekämpfen, deutlich gemacht werden, gerade auch angesichts besorgniserregender europäischer Entwicklungen in

Ungarn, Polen und in der Türkei. Der Standort Karlsruhe steht als Sitz des Bundesgerichtshofs, der Bundesanwaltschaft und des Bundesverfassungsgerichts seit 65 Jahren als Symbol für den modernen und demokratischen Rechtsstaat. Zudem wurde vor genau 200 Jahren mit der Badischen Verfassung 1818 die erste und freiheitlichste Verfassung auf deutschem Boden verabschiedet. Sie bildete die Grundlage für den Aufbau der Demokratie in Deutschland.

## Was macht eigentlich ...



... eine Arbeitsgruppe?

In einer neuen Rubrik wollen wir die Tätigkeit der CDU-Landesgruppe und ihrer Mitglieder näher vorstellen sowie Begriffe und Aufgaben erläutern.

Neben der Fraktionsversammlung gibt es weitere wichtige Gremien, in denen die Arbeit gebündelt wird: Dazu gehören zum Beispiel die Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppen – von Haushalt und Finanzen über Familie und Gesundheit bis zu Wirtschaft und Umwelt – spiegeln thematisch die Ausschüsse des Bundestages beziehungsweise die Ministerien wider. In den Arbeitsgruppen findet die eigentliche fachliche Arbeit innerhalb der Fraktion statt – ohne dass die Öffentlichkeit groß Notiz davon nimmt. Dort werden die Gesetzentwürfe der Bundesregierung beraten, Veränderungen aus Sicht der Fraktion diskutiert oder eigene Gesetzentwürfe erstellt. Es werden Anträge besprochen, die Sitzungen der Ausschüsse vorbereitet und Strategien im Umgang mit Themen beraten. Viele der AG-Mitglieder sind für das jeweilige Sachgebiet schon durch ihre

vorangegangene Berufstätigkeit ausgewiesen oder haben sich - zum Teil über mehrere Wahlperioden - auf bestimmte Materien spezialisiert.

Die Arbeitsgruppenvorsitzenden sind die politisch verantwortlichen Sprecher für ihr Gebiet. Zu den Organisationseinheiten der Fraktion gehören darüber hinaus die sogenannten soziologischen Gruppen sowie Beauftragte für bestimmte Sachgebiete. Die soziologischen Gruppen sind so etwas wie Interessenvereinigungen innerhalb der Fraktion, etwa die Gruppe der Frauen oder die Arbeitnehmergruppe.

## Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter [bundestag.de/mediathek](http://bundestag.de/mediathek).

## Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](http://Website.der.CDU-Landesgruppe).

## Kontakt

Platz der Republik  
Paul-Löbe-Haus  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227 - 70269  
Fax 030 / 227 - 76251



*Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).*

*Impressum:  
CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

**Wenn Sie den Newsletter von Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers MdB nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:**

**[karl-a.lamers@bundestag.de](mailto:karl-a.lamers@bundestag.de)**